

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Stv /AM
Eingang	12.07.2022
Federführend	GB 2, Abt. 2/3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Inklusionsbeirat

22.08.2022

Betreff:

Ausweisdokumente für nicht mobile Personen
Anfrage des AM Becker

In obiger Anfrage wird ausgeführt, dass ein Bürger, der aus gesundheitlichen Gründen bei Neubeartragung eines Personalausweises die Diensträume des Einwohnermeldeamtes nicht mehr aufsuchen kann, die Möglichkeit haben müsse, anderweitig einen gültigen Ausweis zu bekommen. Die Person sei u. U. nicht in der Lage, ein aktuelles Passfoto oder Fingerabdrücke anfertigen zu lassen. Insofern wird gebeten, Lösungsansätze aufzuzeigen, die im Sinne der behinderten Menschen gut und pragmatisch durchführbar sind.

Hierzu gebe ich folgende Stellungnahme ab:

Für die Beantragung eines Personalausweises ist es erforderlich, dass die antragstellende Person identifiziert werden kann. Daneben sind seit 01.08.2021 zwei Fingerabdrücke im Personalausweis verpflichtend zu speichern. Insofern können Anträge nur im Rahmen einer persönlichen Vorsprache in einem der Bürgerbüros entgegengenommen werden.

Bis zum in Kraft treten dieser Regelungen war es in Einzelfällen möglich, dass der Antrag außerhalb des Dienstgebäudes durch Mitarbeiter aufgenommen und durch die Personen unterschrieben werden konnten. Diese Möglichkeit ist durch die verpflichtende Speicherung der Fingerabdrücke nicht mehr gegeben.

Für Personen, die u. a. aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund einer Behinderung dauerhaft gehindert sind, einen Personalausweis zu beantragen, kommt eine Ausweispflichtbefreiung nach § 1 Abs. 3 PAuswG in Betracht. Hier ist folgendes geregelt:

Die zuständige Personalausweisbehörde kann nach § 7 Abs. 1 und 2 PAuswG Personen von der Ausweispflicht befreien,

1. für die ein Betreuer oder eine Betreuerin nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist oder die handlungs- oder einwilligungsunfähig sind und von einem oder von einer mit öffentlich beglaubigter Vollmacht Bevollmächtigten vertreten werden,
2. die voraussichtlich dauerhaft in einem Krankenhaus, einem Pflegeheim oder einer ähnlichen Einrichtung untergebracht sind oder
3. die sich wegen einer dauerhaften Behinderung nicht allein in der Öffentlichkeit bewegen können.

Die Möglichkeit, von der Ausweispflicht befreit zu werden, stellt eine Erleichterung für die unter diese Regelung fallenden Personen dar. Es steht diesem Personenkreis jederzeit auch frei, gleichwohl einen Ausweis zu beantragen.

Gleichwohl ergeben sich bekanntlich Situationen, wo diese Bescheinigungen nicht als ausreichend angesehen werden. Hier wird es dann vielfach erforderlich sein, entsprechende Vollmachten zu erteilen oder Betreuungen einzurichten.

Personen, die nicht (mehr) in der Lage sind, das Bürgerbüro aufzusuchen, werden wohl überwiegend nicht (mehr) in der Lage sein, in Bereichen des öffentlichen Lebens teilzunehmen, wo eine Ausweispflicht zwingend ist. Insofern hat der Gesetzgeber hier mit der Möglichkeit der Ausweispflichtbefreiung entsprechend Rechnung getragen. Es sind auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl wenige Anliegen in den letzten Jahren vorgetragen worden, wo überhaupt diese Bescheinigungen in Anspruch genommen wurden.

Bereits in der Vergangenheit wurde die Anschaffung eines „Bürgerkoffers“ geprüft. Hierbei handelt es sich um ein mobiles Bürgerbüro, mit dem auch außerhalb der Dienstgebäude Anträge aufgenommen, Bescheinigungen ausgestellt werden können usw..

Die Gegenüberstellung der entstehenden Kosten für den Einsatz eines sogenannten „Bürgerkoffers“ zur möglichen Steigerung der Servicequalität, gemessen am bereits bestehenden, sehr ausgeprägten Angebot, führte aus Sicht der Fachabteilung zu dem Schluss, dass der zu erwartende Aufwand als zu hoch angesehen werden muss. Aus diesem Grunde wurde dem Rat vorgeschlagen, die Anschaffung und den Einsatz eines "Bürgerkoffers" nicht weiter zu verfolgen. Diesem ist der Rat auch gefolgt.